

Stadtkanzlei  
Gubelstrasse 22  
6300 Zug

**Parlamentarischer Vorstoss GGR**

Eingang : 13.12.2024  
Bekanntgabe im GGR : 21.01.2025  
Überweisung im GGR : 21.01.2025

Eingang 13. DEZ. 2024		
Departement	intr. / med.	z.K.
Präsident		
Finanz		
Bildung		
Bau		
SUS	✓	
Kanzlei		
Dienst-/Stabstelle		

Zug, 13. Dezember 2024

**Motion «Es ist Zeit, Fazit zu ziehen – Inklusionscheck und Massnahmenplan für eine hindernisfreiere Stadt Zug»**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

**Antrag**

Der Stadtrat wird beauftragt,

1. den Inklusions-Check für Gemeinden von Sensability durchführen zu lassen, um eine Standortbestimmung zur Inklusion in der Stadt Zug – von der Zugänglichkeit von Gebäuden, über Dienstleistungen bis hin zu Mobilität, Arbeit und Freizeit – zu erhalten.
2. gestützt auf die Handlungsempfehlungen aus dem Inklusions-Check einen Massnahmenplan zu erarbeiten, der konkrete Schritte zur Verbesserung der Inklusion und Barrierefreiheit in der Stadt Zug festlegt.

**Begründung:**

Im Jahr 2024 feiern wir zwei bedeutende Jubiläen: 20 Jahre seit der Einführung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) und 10 Jahre seit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) in der Schweiz. Beide rechtlichen Grundlagen verpflichten nicht nur Bund und die Kantone, sondern auch die Gemeinden dazu, Barrieren abzubauen und Inklusion zu fördern.

Die Stadt Zug hat sich immer wieder als Vorreiterin in gesellschaftspolitischen Fragen hervorgetan. Mit einem Inklusionscheck und einem darauf abgestimmten Massnahmenplan könnte sie auch im Bereich der Inklusion eine Vorbildfunktion einnehmen. Dies würde nicht nur die Lebensqualität verbessern, sondern auch die gesellschaftliche Teilhabe für alle nachhaltig stärken.

Obwohl die Stadt bereits besorgt ist, zusätzliche Orte für mehr Menschen zugänglich zu machen (vgl. die Medienmitteilung vom 4. Dezember 2024 über einen zusätzlichen Behindertenparkplatz, eine zusätzliche hindernisfreie Bushaltestelle und an einem Ort angebrachte taktile Bodenmarkierungen), fehlt bislang ein umfassendes Konzept und eine ganzheitliche Betrachtung. Insbesondere ist es auch nicht ganz einfach, die verschiedenen Bedürfnisse, welche die unterschiedlichen Behinderungsarten zur Folge haben, zu kennen und aufeinander abzustimmen. Ein strategischer Ansatz könnte helfen, die bestehenden Bemühungen zu bündeln und weiterzuentwickeln.

Zum Inklusionscheck:

Der von Sensability angebotene Inklusionscheck ist ein praxisorientiertes Instrument, das speziell für Behörden und Verwaltungen entwickelt wurde. Er ermöglicht eine systematische Analyse der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit öffentlicher Angebote. Der Inklusions-Check wurde im Kanton Zürich entwickelt als Instrument zur Standortbestimmung einer Gemeinde im Hinblick auf die Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Mit dem Check werden Hindernisse und Lücken erkannt, Handlungsbedarf identifiziert und mögliche Lösungsansätze ermittelt. Der Check berücksichtigt nicht nur bauliche Aspekte, sondern auch die digitale Zugänglichkeit, die Kommunikation sowie die Serviceorientierung gegenüber Menschen mit Behinderungen. Das Verfahren ist transparent, objektiv und bietet konkrete Handlungsempfehlungen, um den Anforderungen des BehiG und der UNO-BRK gerecht zu werden. (<https://www.sensability.ch/behoerden-verwaltungen-inklusions-check>)

Auch die städtische Altersstrategie 2023–2035 unterstreicht die Bedeutung der Barrierefreiheit für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. So wird im Handlungsfeld 2, Stossrichtung 2 betont, dass bestehende Anlagen im öffentlichen Raum und alle neuen Bauvorhaben den Anforderungen der Barrierefreiheit entsprechen sollen. Bereits 2019 hat die Stadt mit der Umsetzung von Massnahme 3 (Mobilität älterer Menschen fördern) das Projekt «Barrierefreie Mobilität» lanciert, um den barrierefreien Zugang in städtischen Projekten konsequent umzusetzen. Angesichts der zunehmend älter werdenden Bevölkerung wird der Abbau von Barrieren immer wichtiger. Eine inklusive Umgebung kommt allen zugute.

Die Umsetzung dieses Projekts würde nicht nur Menschen mit Behinderungen zugutekommen, sondern auch der gesamten Gesellschaft. Eine barrierefreie Stadt ist eine inklusive Stadt – für Eltern mit Kinderwagen, ältere Menschen, Menschen mit temporären Einschränkungen und viele mehr.

Wir danken für die Unterstützung unserer Motion.

Freundliche Grüsse

Manuela Leemann, Die Mitte  
Johannes Hegglin, CSP  
Marilena Amato Mengis, SP  
Stefan W. Huber, GLP